



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 81681 - 38

Fernschreiber 0896890

P/XIV/284 - 14. Dezember 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Eine Woche der Konferenzen Diplomatischer Hochbetrieb in Paris	45
2 - 3	Unter NATO-Brüdern ... Deutsch-niederländische Verhandlungen stocken wieder	68
4 - 5	Schwerpunkt-Stat in Niedersachsen Förderung der Wissenschaft, Straßen- und Häfenausbau	73
6	Das Schweigen des Bundeskanzlers Berlin-Gespräch Adenauer - Bidault immer noch ungeklärt	38
7	Einmalig in der Nachkriegsgeschichte "Fröhliche Kinderstube" war eine Hölle	50

* * *

* *

Eine Woche der Konferenzen

Der - Die Hauptaufmerksamkeit in der diplomatischen Konferenzwoche, die am Montag mit einer Tagung des Ministerausschusses des Europarates in Paris begonnen hat, wendet sich der Konferenz der NATO-Staaten zu. Sie steht nicht unter günstigem Vorzeichen, die Erschütterungen im Gefüge der NATO lassen sich nicht mehr verbergen, sie fanden einen Niederschlag in der sätzenden Kritik des Chefs der amerikanischen Streitkräfte, General Twining. Die französische Regierung spricht von Indiskretionen, obwohl Twining nur aussprach, was alle Welt weiss und was man der französischen Öffentlichkeit verschwiegen. General Norstad, der Oberkommandierende der NATO-Streitkräfte in Europa, werden Rücktrittsabsichten nachgesagt. Beide amerikanischen Militärs sind verbittert über die Haltung de Gaulles, und dies nicht ohne Grund.

Die wichtigsten Schläge gegen das bisherige Gefüge der NATO wurden vom Frankreich de Gaulles geführt. Der französische Staatschef erstrebt eine Aufwertung Frankreichs innerhalb der atlantischen Gemeinschaft, er wünscht ein Dreierdirektorium, das die politische und militärische Strategie des Westens ausarbeitet und eine eigene französische Atommacht, die ihn in die Lage versetzen soll, im Verhältnis zu den übrigen westeuropäischen NATO-Partnern, aber auch im Hinblick auf die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion als ein unabhängiger Partner aufzutreten. Die Briten und die Amerikaner bekamen während des zweiten Weltkrieges die Halsstarrigkeit de Gaulles zu spüren; der französische Staatschef ist zwar in der Zwischenzeit älter geworden, aber seine Neigung zum Einzelgängertum hat eher zu- als abgenommen. Er sieht sich als Führer Westeuropas. De Gaulle rechnet früher oder später mit einem Abzug amerikanischer Truppen in Europa und glaubt, dass die Rolle Übernehmer zu können, die den Vereinigten Staaten durch die Präsenz ihrer Truppen auf europäischem Boden heute noch zukommt. De Gaulle widersetzt sich der Integration der europäischen Luftverteidigung. So zwang er die in Frankreich stationierten amerikanischen Jagdbomberschwadronen zum Abzug und löste die französische Mittelmeerflotte aus der Befehlsgewalt der NATO heraus. Wie weit wird der französische Staatschef in der Richtung einer weiteren Schwächung des bisherigen NATO-Systems noch gehen?

Im Anschluss an die Konferenz der NATO-Staaten - von der man nicht weiss, ob der empfindliche de Gaulle an ihren Beratungen teilnehmen wird - findet nach einer Tagung der Westeuropäischen Union das Gipfeltreffen der vier Grossen statt. Auch hier zeichnet sich ein einheitliches Vorgehen noch nicht ab. Paris ist auch gleichzeitig die letzte Station des amerikanischen Präsidenten Eisenhower auf seiner "kleinen Weltreise". Welche neuen Ideen und Erfahrungen wird Eisenhower mitbringen? Seine Grundüberzeugung, dass es gilt, die militärische Entspannung weiterzuführen, um den einzigen Krieg, der gerechtfertigt ist, den Krieg gegen Hunger und Not beginnen zu können, dürfte sich verstärkt haben. Eisenhower befindet sich in einer starken moralischen Position, er kann für seine Politik auf die Unterstützung Indiens hoffen. Wird er auch die gleiche Unterstützung bei allen seinen westeuropäischen Partnern finden?

Unter NATO-Brüdern...

Str. - Die deutsch-niederländischen Gespräche sind kurz vor ihrem Abschluss wieder ins Stocken geraten. Sonderbotschafter Dr. Lahr und sein niederländischer Kontrahent van Houten probieren seit Jahresfrist, die Hürden auszuräumen, die der Rückkehr der unter holländischer Verwaltung stehenden deutschen Gebieten Elten, Tüddern, Wyler und Suderwick noch entgegenstehen.

Zunächst musste die Frage des Dollart-Improblems geregelt werden. Holland verlangte für seinen kleinen Hafen Delfzijl eine gut ausgebaute Zufahrt zur Nordsee. Die Konkurrenz zum Hafen Emden, Holz- und Kohleexport für das Ruhrgebiet, verdunkelte deshalb den Horizont zwischen Niedersachsen und Bonn. Kompromiss: eine gemischte deutsch-holländische Kommission sollte für die Entsandung der Emsmündung zuständig sein. Eine Grenzziehung an der Nordsee, die die Einpolderung des Dollart vorsah, war a priori indiskutabel.

Der nächste wichtige Punkt waren Ausgleichsfragen finanzieller Art. Schadensersatz für bestimmte Wertpapiere standen zur Debatte, aber auch der Schadensersatz für niederländische Verfolgte des Naziregimes. Er war viel zu lange ein Punkt langwieriger Verhandlungen zwischen beiden Kommissionen. Zunächst wollte Bonn nur zögernd die Ansprüche der Niederlande anerkennen. Man fürchtete den Präzedenzfall. Aber schließlich einigten sich beide Länder auch hier. Es war für Bonn eine Schuld, die nicht nur materiell, sondern in erster Linie von der moralischen Seite gesehen werden musste. Mit dem Schadensersatz für die Opfer des Hitlerismus wird - wenn auch nur zu einem fast mikroskopisch kleinen Teil - die ungeheure Schuld getilgt, die die Handlanger des SD und der Gestapo auf unsere Schultern geladen haben. Das Dorf Putten, das Scheveninger Gefängnis "Oranje Hotel" und der Fusilierplatz am Strand des holländischen Luxusbades sind grausenhafte Erinnerungen an die dunklen Jahre unseres Nachbarlandes.

Schließlich bleibt noch die Schwierigkeit mit den Traktatländereien an der niederländisch-deutschen Grenze. Im 19. Jahrhundert schlossen das damalige Preussen und das Königreich der Niederlande den sogenannten Traktatvertrag. Dieser Vertrag gestattete den deutschen Bauern, die Landeigentümer auf niederländische Seite waren, ihre Äcker zu bewirtschaften. Dasselbe galt für ihre holländischen Kollegen, die Landbe-

sitz auf deutscher Seite hatten. Nach 1945 beschlagnahmten die Niederlande die deutschen Ländereien auf ihrem Hoheitsgebiet, unterstellten sie zunächst einer staatlichen Treuhandgesellschaft, um sie später holländischen Bauern zu verkaufen.

Zugleich mit den offiziellen deutsch-niederländischen Verhandlungen 1957 begannen die Bauernverbände der Grenzländer in der Bundesrepublik und der Niederlande mit inoffiziellen Gesprächen. Es ergab sich schließlich, daß die niederländischen Bauern bereit waren, ihren deutschen Kollegen an der Grenze das Land, das einst ihr Eigentum war, zurückzuverkaufen. Aber nicht zum gesetzlich in den Niederlanden festgelegten Stopp Preis, sondern zu einem frei ausgehandelten und in DM zu bezahlenden Grundstückspreis. Mit Recht kann man hier einwenden, daß für eine solche Regelung auf deutscher-(Bauern)-seite wenig Interesse bestehen könnte. Das ist jedoch nicht so, denn viele deutsche Grenzbauern, die ihren Hof unmittelbar an der Grenze gebaut hatten und fast ihr gesamtes Land, also ihre Existenz, drüben aufgeben mußten, warten dringend darauf, wieder ihren Pflug durch das Land ihrer Eltern und Großeltern ziehen zu können. Für sie ist diese Traktatfrage kein Problem des Preises, sondern der Existenz. 4 358 Hektar Land warten auf die Rückgabe an ihre früheren Eigentümer.

Nun sind verschiedene Gesellschaften, deren Gewerbe es ist, mit Grund und Boden zu handeln, auf die Idee gekommen, in Holland zum Kauf angebotenen Boden zu erwerben. Ob sie es mit stiller Billigung des Auswärtigen Amtes tun, ist bis jetzt nicht bestätigt worden, aber die Wahrscheinlichkeit spricht dafür. Dieses Land will man den zu entschädigenden holländischen Traktatbauern, die dann ihrerseits die ehemals deutschen Grundstücke wieder an die ursprünglichen Eigentümer oder die Erben abtreten.

Wahrlich, ein großer Umweg in einem Europa, das sich immer als eine Einheit preist. Es wird hohe Zeit, daß zwischen Bonn und Den Haag endlich ein modus vivendi gefunden wird, denn allmählich wird diese "Feilscherei" unter NATO-Brüdern unerträglich.

Schwerpunkt-Etat in Niedersachsen

dg - Hannover

Mit 2.88 Milliarden DM im ordentlichen und 272 Millionen DM im ausserordentlichen Teil schliesst der niedersächsische Haushaltsplan 1960 ab, der seit einigen Tagen dem Landtag vorliegt. Im März 1960 soll er verabschiedet werden. Der Etat bewegt sich nicht nur, wie der des Bundes, am Rande eines Defizites, sondern enthält, wie Finanzministers Ahrens offen zugab, ein verstecktes Defizit in der Veranschlagung. Obgleich der ausserordentliche Haushalt nur für die neun Monate des Rumpfrechnungsjahres aufgestellt ist, wird für seine Finanzierung eine Landesanleihe von rund 142.5 Millionen DM benötigt. Aber die Unabweisbarkeit dringender Aufgaben machte diesen Schritt notwendig.

Auch in dem vorliegenden Haushaltsplan ist die grosse Masse der Ausgabemittel von vornherein gebunden, sodass kaum zehn Prozent der Ausgaben als manövrierfähig bezeichnet werden können. Ein Teil dieser mobilen Mittel konnte jedoch schwerpunktartig verwendet werden. Rund 75 Millionen DM Mehrbewilligungen verteilen sich auf die Förderung der Wissenschaft, den Ausbau der Strassen und Häfen, die Strukturverbesserung in der Landwirtschaft und auf die Beseitigung des Wohnungsdefizits. Dabei wurde allein der für alle niedersächsischen Hochschulen ausgebrachte Betrag um rund 42 Prozent auf 4.4 Millionen DM erhöht, zu dem noch weitere Landesmittel von 2.4 Millionen DM kommen, so dass den wissenschaftlichen Hochschulen des Landes mit ihrem Anteil an der Konzessionsabgabe (Lottogesetz) und Bundesmitteln im kommenden Rechnungsjahr etwa 13 Millionen DM für Lehr- und Forschungszwecke zur Verfügung stehen werden. Daneben sind für Hochschulbauten insgesamt 29.7 Millionen DM, einschliesslich 15.5 Millionen DM erwarteter Bundeszuschusses, vorgesehen.

Wie unzureichend diese Ansätze aber dennoch sind, ergibt ein Blick auf das von den niedersächsischen Hochschulen für fünf Jahre aufgestellte Förderungsprogramm, das einen zusätzlichen Bedarf von rund 2.600 Stellen mit einem jährlichen Aufwand von rund 29 Millionen DM und einer Erhöhung der laufenden Sachausgaben (Lehrmittel etc) um jährlich rund 8.8 Millionen DM als erforderlich ansieht. Für den gleichen Zeitraum wird der Bedarf an Mitteln für einmalige Sachmittel auf rund 30 Millionen und für Hochschulbauten auf rund 284 Millionen DM berechnet. Die finanzielle Bewegungsfreiheit des Landes ist daher in den kommenden Jahren aufs äusserste begrenzt. Es ist unhaltbar, dass

den Ländern noch länger die Aufbringung der gesamten Personalmehrkosten und des grösseren Teiles der Sachausgaben, sowie der Baukosten zugemutet wird, während sich der Bund hauptsächlich auf Zuschüsse zu den Baukosten beschränkt. Selbst die in den nächsten Jahren von Niedersachsen aus der "Stiftung VW-Werk" erwarteten knapp 40 Prozent der Stiftungserträge, die mehr als 20 Millionen DM betragen werden, sind unter Betrachtung der Gesamterfordernisse nur eine kleine Erleichterung bei der Realisierung des Förderungsprogrammes. Ein besonderes Merkmal des Kultushaushaltes ist schliesslich die Bewilligung von rund 530 neuen Lehrerstellen und die Bereitstellung von rund 35 Millionen DM für den Schulneubau.

Im Bereich des Hafenbaues ist diesmal wohl das umfangreichste Einzelbauvorhaben ausgewiesen, dem sich das Land bisher je zugewendet hat: die Erweiterung des neuen Fischereihafens Cuxhaven mit einem Gesamtaufwand von etwa 85 Millionen DM. Die erste Rate im Etat für 1960 beträgt 7 Millionen DM. Der Ausbau soll in fünf Jahren abgeschlossen sein und fügt sich organisch in die Hafenpolitik des Landes ein, die eine Arbeitsteilung unter den Häfen vorsieht: Cuxhaven als Fischereihafen, Emden als Erzhafen, Wilhelmshaven als Ölhafen und die Unterweserhäfen für den Umschlag von Spezialgütern.

Ein besonderes Sorgenkind des Landes bleibt der Wohnungsbau. Niedersachsen hatte neben Bayern in den letzten Jahren das höchste Wohnungsdefizit des Bundes. Ende 1959 werden in Niedersachsen noch immer etwa 260.000 Wohneinheiten fehlen. Um sie zu erstellen, müsste die gegenwärtige Bauleistung von 50 000 bis 60 000 Wohnungen jährlich etwa fünf Jahre voll aufrechterhalten werden. Das aber bedeutet, dass die öffentlichen Finanzierungshilfen wegen der steigenden Kosten verstärkt werden müssten. Aber sowohl die Bundesmittel nach dem 2. Wohnungsbau-gesetz (wegen der dort festgelegten Degression) als auch die für den sozialen Wohnungsbau bestimmten Lastenausgleichsmittel sind rückläufig. Wenn ein finanzschwaches Land wie Niedersachsen sein Wohnungsdefizit fühlbar vermindern, geschweige denn völlig beseitigen will, muss die Degression der Bundesdarlehen und die Anrechnung der Wohnungsbauprämien auf diese Mittel fallen, wie dies bereits vom Bundesrat gefordert worden ist. In der Erwartung einer solchen Massnahme hat Niedersachsen für den sozialen Wohnungsbau im Jahre 1960 Mittel in einer Höhe eingesetzt, die das unveränderte Vorjahrsbauvolumen ermöglicht.

Das Schweigen des Bundeskanzlers

sp - Man weiß wahrlich nicht erst seit gestern, daß der Bundeskanzler, wann immer man ihm eine für ihn höchst unliebsame Angelegenheit vorhält, das probate Mittel anwendet, den Vorhalt totzuschweigen und ihn der allmählichen Vergeßlichkeit anheimzugeben. Er hat mit dieser Methode, zugegeben, einige böse Erfolge erzielt, die beispielsweise zu dem grotesken Tatbestand geführt haben, daß er und seine Freunde die Rückgliederung der Saar als einen Erfolg eben jenes Konrad Adenauers reklamieren, der im Jahre 1955 für jedermann hörbar gegen die Rückgliederung der Saar und für ihre fragwürdige "Europäisierung" das Wort genommen hat.

In diesen Tagen nun ist Konrad Adenauer wieder dabei, beredt zu schweigen und einen Vorwurf zu ignorieren, der ihn eigentlich zu empörter und spontaner Reaktion hätte verleiten müssen: den Vorwurf, er habe vor einigen Jahren in Genf dem früheren französischen Ministerpräsidenten Bidault die Bitte unterbreitet, dafür einzutreten, daß Berlin kein Bundesland wird.

Man weiß, daß Außenminister von Brentano, keineswegs aber der Bundeskanzler selbst, in der letzten außenpolitischen Bundestagsdebatte eine - inzwischen in der Öffentlichkeit bestrittene - Erklärung abgegeben hat, die schwerlich ausreichte. Man weiß auch, daß Staatssekretär von Eckardt vor der Bonner Presse dazu einige Worte gesagt hat, die indessen noch viel weniger als die Worte Brentanos zu befriedigen vermochten und eher dem Lobe eben jenes Mannes gewidmet waren, von dem der Vorwurf gegen den Bundeskanzler stammt. Man weiß mithin, daß der sachliche Vorwurf - einige Wochen, nachdem er erhoben wurde - nach wie vor existiert, daß er nicht widerlegt, nicht zu einer eigentlich selbstverständlichen Klage des Kanzlers, nicht zu einer plausiblen und unanfechtbaren Darstellung geführt hat, die Dr. Adenauer zu rehabilitieren vermocht hätte. Der Kanzler schweigt und macht in wahrlich beängstigend dickfeiliger Weise wahr, was sein Staatssekretär von Eckardt vor dem darob einigermaßen verblüfften Journalisten mit den Worten andeutete, daß doch eine Gerichtsklage zu nichts führen könne.

Aber empfindet denn der Bundeskanzler wirklich nicht, wie unerträglich es ist, wenn er in dem diffusen Licht eines so ungeheuerlichen Vorwurfs bleibt und schweigt? Und ist denn da wirklich niemand in seiner Umgebung, der ihm begreiflich macht, daß es Auswürfe gibt, die ein Kanzler schlechterdings nicht auf sich sitzen lassen darf?

Einmalig in der Nachkriegsgeschichte

mu. - Der Prozeß, den die Zweite Große Kieler Strafkammer mehrere Wochen lang gegen die Leiterin des Kinderheims "Fröhliche Kinderstube", Gabriele Schmidt, und gegen die Konzessionsinhaberin des Heims, Margarete Taubmann, durchführte, ist im ganzen Bundesgebiet stark beachtet worden. Die Krankenoberschwester Schmiat wurde zu achtzehn Monaten Gefängnis bei fünfjährigem Berufsverbot verurteilt, weil sie das körperliche Wohl der ihr anvertrauten Kinder infolge gewissenloser Verletzung der Fürsorgepflicht für schuldig befunden wurde. Die Kindergärtnerin Taubmann, die während des Prozesses krank wurde, wird sich noch unter der gleichen Anschuldigung zu verantworten haben.

Was im Gerichtssaal zur Sprache kam, war wohl einmalig in der Nachkriegsgeschichte der deutschen Kinderheime. Der Direktor der Kieler Universitätsklinik, Professor Catel, sagte als Gutachter aus, daß von den 39 Kleinkindern, die er im Mai 1956 im Heim vorfand, 34 Untergewicht hatten. Nur sieben der Kinder des Heimes in Bahrendorf im Kreis Segeberg besaßen normales Gewicht. Diese sieben aber waren kurz vorher eingeliefert worden. Für die 46 Kinder, darunter 16 Säuglinge, gab es damals nur acht Liter Milch täglich. Ein Teil davon wurde von Personal ausgetrunken.

Obst und frische Butter gab es für die Kinder nicht; nur am Sonntag ein wenig Fleisch. Die kleinen Kinder wurden oft auch am Tage im Bett festgebunden. Sie bekamen abends nichts zu trinken, und die größeren schöpften heimlich mit einer alten Konservendose Wasser aus der Toilettenschale. Das ganze war die Hölle.

Der Prozeß dürfte nunmehr noch ein Nachspiel haben, denn schließlich gibt es ja Gesetze, die die Behörden verpflichten, die Heime zu kontrollieren. Bereits in der Urteilsbegründung kritisierte Landgerichtsdirektor Voß das Verhalten des sogenannten "Heimarztes" aus der Nähe, der in ärztlichen Fachdingen versagte. Kritik wurde auch geübt an dem Kreisamt in Segeberg. Man schrieb hier positive Berichte, suchte das Heim nur äußerst selten auf und fand nichts. Dabei gab der Kreis noch im Oktober 1955 ein Worteschreiben heraus, das an alle Jugendämter der Bundesrepublik ging. Das Kinderheim wurde hier als "Ideale Stätte zur Pflege von Säuglingen und Kleinkindern" bezeichnet.

Schließlich ist noch darauf hinzuweisen, daß das Kieler Kultusministerium bereits vor der Aufdeckung der skandalösen Zustände in dem Kinderheim neue scharfe Richtlinien für die Führung von Heimen herausgab. Das hätte auch die Landesbehörden zur strengeren Aufsichtspflicht anhalten müssen. Als der Leiter des Landesgesundheitsamtes, Dr. Heigl, kürzlich auf die harte Kritik angesprochen wurde, die Catel in seinem Gutachten an die Behörden übte, meinte Heigl: "Wer ein Gutachten so abgibt, entwertet es".

Gabriele Schmidt und Margarete Taubmann hatten früher in Mitteldeutschland, dann in Berlin und zuletzt in Bahrenhof und auf der Insel Sylt Kinderheime geleitet. Besonders die Westberliner Behörden hatten sich im Kreis Segeberg über die schlechte Behandlung der Kinder beklagt und sie in andere Heime verlegen lassen. Auch darauf hin ist nichts geschehen. Inzwischen hat Frau Schmidt in Honnef am Rhein ein Kinderheim aufgemacht, das sie jedoch nach ihrem Berufsverbot jetzt nichtverantwortlich weiterführen kann.

+ + +